

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/29746 –**

**Wirtschaftliche Perspektive eröffnen, Energieversorgung sichern – Ukraine zum Partner einer Europäischen Wasserstoffunion machen**

### **A. Problem**

Aufforderung an die Bundesregierung, zur Deckung des Energiebedarfs Deutschlands die Gründung einer Europäischen Wasserstoffunion voranzutreiben, die Energiepartnerschaft mit der Ukraine zu vertiefen und sie als Partner eng an die Europäische Wasserstoffunion zu binden.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.**

### **C. Alternativen**

Wurden nicht erörtert.

### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/29746 abzulehnen.

Berlin, den 23. Juni 2021

**Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie**

**Klaus Ernst**  
Vorsitzender

**Andreas G. Lämmel**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Andreas G. Lämmel

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/29746** wurde in der 230. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Mai 2021 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der FDP vertritt die Auffassung, dass aufgrund der ambitionierten EU-Klimaziele die Versorgung mit fossilem Erdgas perspektivisch durch klimaneutral erzeugte Energieträger wie Wasserstoff ersetzt werden müsse. Leider fehle der Bundesregierung hierfür ein tragfähiges Konzept, obwohl absehbar sei, dass Deutschland künftig große Teile seines Energiebedarfs werde importieren müssen. Eine Schlüsselrolle zur Deckung des Energiebedarfs könne der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft, insbesondere mit der Ukraine sein, die das Potenzial habe, grünen Wasserstoff herzustellen, aber auch, um aus Erdgas blauen Wasserstoff für Europa zu erzeugen.

Die Fraktion der FDP fordert die Bundesregierung deshalb auf,

1. auf europäischer Ebene die Gründung einer Europäischen Wasserstoffunion voranzutreiben, die Erzeugung und Transport klimaneutralen Wasserstoffs in der EU und seinen Nachbarstaaten und -regionen fördert (vgl. Drucksache 19/20020);
2. die Energiepartnerschaft mit der Ukraine zu vertiefen und sie als Partner eng an die Europäische Wasserstoffunion zu binden;
3. die Ukraine beim Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft zu unterstützen durch
  - a) die Förderung von Erzeugung und Transport klimaneutralen Wasserstoffs im Rahmen europäischer Leuchtturmprojekte,
  - b) Zusammenarbeit im Bereich Forschung und Entwicklung sowie bei der Ausbildung von Fachkräften,
  - c) Kooperation der zuständigen Bundesministerien und Regulierungsbehörden;
4. von der ukrainischen Regierung weiterhin die Bekämpfung von Korruption sowie die Anwendung hoher Corporate-Governance-Standards, insbesondere in staatseigenen Unternehmen, einzufordern;
5. das Engagement Deutschlands in der Drei-Meere-Initiative und der östlichen Partnerschaft, insbesondere im Bereich Wasserstoffherzeugung und -transport, zu verstärken;
6. auf europäischer Ebene die weitere Integration der ost- und mitteleuropäischen Strom- und Gasmärkte in den EU-Binnenmarkt voranzutreiben, etwa durch die Förderung zusätzlicher Interkonnektoren für Strom und Gas inklusive Wasserstoff.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/29746 in seiner 84. Sitzung am 23. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/29746 in seiner 96. Sitzung am 22. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/29746 in seiner 124. Sitzung am 23. Juni 2021 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/29746 zu empfehlen.

Berlin, den 23. Juni 2021

**Andreas G. Lämmel**  
Berichtersteller